

# Monitoring KW 20

## **IHK-Umfrage: Wirtschaft in Baden-Württemberg stagniert weiter**

*Laut einer Umfrage des IHK stagniert die Wirtschaft in Baden-Württemberg weiter. Den Unternehmen geht es demnach schlechter als im Vorjahr.*

Diese Analyse basiert auf der Konjunkturumfrage im Frühsommer 2024 der 12 IHKs in Baden-Württemberg, an der landesweit 3.327 Unternehmen zwischen dem 9. April 2024 und 29. April 2024 teilgenommen haben.

Dabei bezeichnen nur 31 Prozent der Betriebe ihre Lage als "gut". Das sind laut Umfrage drei Prozentpunkte weniger als im Januar dieses Jahres und **10 Prozentpunkte weniger als im Frühsommer 2023**. 18 Prozent der Unternehmen bewerteten laut der Umfrage ihre Situation als "schlecht". Dies sei eine Zunahme von zwei Prozentpunkten zur Umfrage Anfang des Jahres und zehn Prozentpunkten zum Vorjahr.

Der baden-württembergische IHK-Präsident Christian Erbe sagte, **der Trend zur Stagnation scheine im Land ungebrochen**. Viele Weltmärkte zeigten derzeit Zeichen des Aufschwungs, aber die Bremsen der Konjunktur säßen fest. Zusammengefasst seien die Aussichten der Wirtschaft bedrückend. "Die **strukturellen Probleme belasten** unsere **Unternehmen** weiterhin und dämpfen zusammen mit steigender Bürokratie und der Verunsicherung über die unstete Wirtschaftspolitik die Nachfrage nach Investitions- wie Konsumgütern bedenklich", sagte Erbe. Die Ergebnisse der Konjunkturumfrage müssten jetzt ein deutlicher Weckruf für die deutsche wie auch europäische Politik sein.

Die **Opposition im Landtag kritisiert deshalb auch die Landesregierung** in Baden-Württemberg. Die Landesregierung müsse die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern, sagte beispielsweise FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke.

## **Debatte um den Mindestlohn**

*Bundeskanzler Scholz hat mit seinem Vorschlag einer Erhöhung des Mindestlohns eine neue Debatte dazu angestoßen.*

**Bundeskanzler Olaf Scholz** hat einen **Vorstoß für eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns** auf 15 Euro in Deutschland bekräftigt. Dem Fernsehsender Phoenix sagte der

SPD-Politiker, der Mindestlohn sollte in einem **ersten Schritt auf 14 Euro**, und in **einem zweiten auf 15 Euro steigen**.

Aktuell ist vorgesehen, den Mindestlohn im kommenden Jahr von derzeit 12,41 Euro auf 12,82 Euro anzuheben. Scholz hatte kürzlich mit seinem Vorstoß teils heftige **Kritik beim Koalitionspartner FDP, der oppositionellen Union und den Arbeitgebern** ausgelöst. **Grüne, Gewerkschaften und Sozialverbänden begrüßten die Äußerung**.

**Widerspruch aus der Wirtschaft**, kam etwa vom Arbeitgeberverband BDA.

Arbeitgeberpräsident Dr. Rainer Dulger erklärte: "Wenn Politik und Gewerkschaften weiter die Verhandlungen zum Mindestlohn in der Presse führen, dann kann man die Mindestlohnkommission auch gleich auflösen. Der Bundeskanzler behauptet, die Arbeitgeber hätten einen Tabubruch begangen. Bei allem gebotenen Respekt: Das ist Unsinn. Richtig ist, dass die Gewerkschaften nicht mehr bereit waren, eine Regel zu akzeptieren, die ein gemeinsames Entscheiden ermöglicht hätte."

Auch **verschiedene Verbände** aus dem Handwerk oder der Bauernverband **stellen sich gegen den Vorschlag vom Scholz**.

### **BW investiert in KI-Forschung**

*Das Land Baden-Württemberg stärkt die Forschung im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) durch die Förderung des Ausbaus der Rechenkapazität an Hochschulen mit zusätzlichen 3,25 Millionen Euro. Dies gab Wissenschaftsministerin Petra Olschowski bekannt.*

Diese Stärkung der hochschulweiten Kompetenzstruktur bwHPC soll wohl **insbesondere Nachwuchsforschenden zugutekommen**.

„Ob in der Medizin, in der Quantentechnologie oder an der Schnittstelle von Geisteswissenschaften und Informatik: KI-Anwendungen sind aus der Forschung und Lehre unserer Landeshochschulen nicht mehr wegzudenken. Um **international wettbewerbsfähig** zu bleiben, bauen wir die Rechenkapazität für die KI-Forschung aus. Dadurch **investieren** wir nicht nur in die KI der Zukunft, sondern auch in die Nachwuchsförderung und letztlich den **Wohlstand** im Land“, sagte Wissenschaftsministerin Petra Olschowski.

## **Unbesetzte Ausbildungsstellen**

*Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen ist auch im Jahr 2023 weiter gestiegen. Dies teilt die Bundesregierung in ihrem als Unterrichtung (20/11311) vorgelegten Berufsbildungsbericht 2024 mit, der am Freitag im Deutschen Bundestag beraten wird.*

Wie aus dem Bericht hervorgeht, konnten im letzten Jahr **73.400 Ausbildungsstellen nicht besetzt** werden. Das waren 6,6 Prozent mehr als 2022 und sogar 38,2 Prozent mehr als 2019 vor Beginn der Pandemie. Allerdings fanden mit 26.400 auch mehr Bewerber keinen Ausbildungsplatz (16,3 Prozent mehr als 2022 und 7,6 Prozent mehr als 2019). „Damit haben die Herausforderungen zueinander zu finden, auf beiden Seiten des Marktes zugenommen“, schreibt die Bundesregierung in ihrem Bericht. Dass vermehrt angebotene Stellen nicht besetzt werden konnten, lag auch an einem **vergrößerten Angebot der Betriebe**: Im Jahr 2023 stieg das Ausbildungsangebot im Vorjahresvergleich um 3,4 Prozent auf 562.600.

Zu den Berufen, in denen **am meisten ausgebildet** wird, gehören bei den **Frauen** Kauffrau für Büromanagement, Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte, Verkäuferin und Industriekauffrau. Bei den **Männern** sind es Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachinformatiker, Elektroniker, Anlagenmechaniker für Sanitär, Heizung und Klimatechnik sowie Industriemechaniker.

Speziell das **Hotel- und Gastgewerbe war ebenso wie das Veranstaltungsgewerbe** durch die im Zusammenhang mit der Pandemie verhängten Maßnahmen von einem **starken Einbruch** der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge betroffen. Von 2019 auf 2020 war die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Hotel- und Gastgewerbe um 24,7 Prozent zurückgegangen. Im Veranstaltungsgewerbe betrug der Rückgang 36,7 Prozent. Nach weiteren Verlusten 2021 entwickeln sich die Vertragszahlen nach Angaben der Regierung jetzt wieder positiv. Im Hotel- und Gastgewerbe seien sogar mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden als 2019 (plus 1,8 Prozent).

## **Großteil der Gastronomen erwartet durch Fußball-EM keine wirtschaftlichen Effekte**

*Die Fußball-EM in Deutschland ist für die Gastronomiebranche kein Grund zur Freude. Die meisten Betriebe erwarten keinerlei wirtschaftliche Effekte durch das Turnier. In den zehn Spielorten sieht es allerdings anders aus.*

Bezogen auf die Gesamtbranche **rechnen nur 15,5 Prozent des Gastgewerbes mit positiven Effekten**, wie der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) in Berlin mitteilte. Insgesamt gehen jeweils rund drei Viertel der befragten Betriebe aus dem Gastgewerbe nicht von mehr Gästen oder einem höheren Umsatz durch das Turnier aus. "Ein Großereignis wie die EM **kann zum Teil auch Stammgeschäft verdrängen**", erklärte Dehoga-Präsident Guido Zölllick.

Anders als in der gesamten Branche, **rechnen in den zehn Spielorten, wie auch in Stuttgart, deutlich mehr** Gastronomen, Hoteliers und Caterer **mit positiven Effekten** (46,3 Prozent). 42,3 Prozent gehen von mehr Gästen während der EM aus und 39 Prozent hoffen laut der Befragung auf ein Umsatzplus.

An der Umfrage nahmen zwischen Ende April und Mitte Mai nach Dehoga-Angaben 1340 gastgewerbliche Betriebe aus ganz Deutschland teil.